

ef

PROTOKOLL
=====

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Erste (konstituierende) Sitzung

Zeit: Donnerstag, 21. April 1960, 10 Uhr

Ort: Bundesparteileitung der ÖVP, Wien I.,
Kärntnerstr. 51

Anwesend:

Min. a. D. Ges. HORNPOSTEL

NR. Präs. Ing. FIGL

Bundesmin. Dr. BOCK

Staatssek. Prof. Dr. GSCHNITZER

Staatssek. GRUBROFER

NR. Dr. TONCIG

NR. MACHUNZE

NR. Dr. KRANZLMAYR

BR. RÖMER

Dr. ZIMMER-LEHMANN, Gen. Sekr. d. Österr. Akademikerbundes

Kom. Rat MOSER, Sachsenburg

Konsul MAUTNER MARKHOF

Botschafter a. D. Dr. VOLLGRUBER

Gen. Sekr. NR. Dr. WITHALM

(später) BPO. Präs. Dr. GORBACH

Red. ABENDROTH

Entschuldigt:

NR. Dr. MALETA

NR. SOLAR

NR. STÜRCKH

NR. a. D. LR. Dr. OBERHAMMER

LH. KRAINER

Dr. RIHA

Nicht entschuldigt:

NR. Dr. WEISS

WITHALM umreißt einleitend Aufgaben und Zuständigkeiten des Ausschusses und grenzt diese gegen die Kompetenzen des ausßenpolitischen Referenten der Bundesparteileitung (Dr. Tonicig) ab. Auf Grund eines Parteibeschlusses soll weder der Referent noch ein aktives Regierungsmitglied den Vorsitz im Ausschuss führen. Daher wird wegen seiner Erfahrungen und seiner jahrzehntelangen Verbundenheit Gesandter Hornbostel für den Vorsitz vorgeschlagen.

GSCHNITZER und TONCIG begrüßen die Kandidatur, die einmütig bejaht wird.

HORNBOSTEL übernimmt den Vorsitz.

WITHALM bezeichnet als wichtigste Aufgabe des Ausschusses die Erarbeitung eines Konzeptes, das für die Arbeit der Partei, aber auch für die Vertreter der Partei bindend sein soll. Als wichtigste aktuelle Aufgabe nennt er Südtirol, die Interpretationsfrage der Neutralität und im Zusammenhang damit das Verhältnis zur EWG und EFTA.

ZIMMER-LEHMANN wirft drei methodische Arbeitsfragen auf:

- 1.) Informationsbeschaffung, wobei als Quellen Regierungsmitglieder und Angehörige der ÖVP-Parlamentsfraktion in Frage kommen, nicht aber Beamte.
- 2.) Arbeitsweise: Erstellung von Gutachten und Empfehlungen an die Bundesparteileitung, Kontaktsitzungen mit dem Parlamentsklub und Aktivierung der gesinnungsmässig Nahestehenden oder Parteimitglieder im Aussenamt selbst.
- 3.) Durchsetzung der Beschlüsse, regelmässige Zusendung der Protokolle an Kanzler, Parteiobmann, gegebenenfalls an Handelsminister. Gesteuerte Einflusnahme auf die publizistischen Organe.

HORNBOSTEL schlägt vor, konkret das Südtirolproblem als erstes zu behandeln.

GSCHNITZER referiert über den jüngsten Stand der Entwicklung: SVP verlangte bei den Besprechungen in Innsbruck (mit Aussenminister und Staatssekretär), die laufenden diplomatischen Verhandlungen mit Italien als abgebrochen zu erklären und die UNO bis Ende Juni, dem Endtermin für die Aufstellung der nächsten Tagesordnung, anzurufen. Kreisky hat z u g e s a g t und sich dabei auf eine Vollmacht des Ministerrates vom 12. oder 19. Jänner berufen, die ihn berechtigt, nach eigenem Ermessen zu verfahren.

BOCK (Zwischenruf) "Eine solche Vollmacht ist nicht gegeben worden!"

GSCHNITZER Chaloupka ist beauftragt worden, das entsprechende Verhandlungsprotokoll des Ministerrates vorzulegen. Rechtliche Situation nach Meinung des Innsbrucker Verhandlungskomitees: die diplomatischen Verhandlungen sind seit der Übergabe der österreichischen Autonomieforderung vom Oktober 1959, die durch Rom nicht beantwortet wurde, nicht weitergeführt worden und daher praktisch als abgebrochen anzusehen. Er selbst ist für Anrufung des IGH; dieser dürfte die Nicht-

erfüllung des Gruber-de Gasperi-Abkommens wohl mit Sicherheit feststellen; die SVP ist gegen eine Anrufung des IGH wegen der langen Zeitdauer des dortigen Rechtsweges und der zwischenzeitlichen Stillhaltepflicht. Die Südtiroler Parteiführer sind der Meinung, dass ein solcher Stillstand politisch und propagandistisch nicht auszuhalten sei und daher eine Anrufung der UNO unvermeidlich ist. Kreisky vertritt ebenfalls diesen Standpunkt und will sich bei der Vollversammlung der UNO um die Anforderung eines Gutachtens des IGH bemühen, das gegenüber einem Erkenntnis den Vorzug hat, nicht unwiderruflich zu sein und in kürzerer Frist erstellt zu werden.

BOCK berichtet von den psychologischen Erfahrungen seiner jüngsten Auslandsreise, die zwar nicht mit Südtirol im Zusammenhang standen, ihm aber den Eindruck weitestgehenden Desinteresses an der Südtirolfrage in den besuchten Hauptstädten vermittelten. Setzt sich für Bemühung um eine dilatorische Behandlung der Frage in der UNO ein.

TONCIC bezweifelt die Wirkung eines Gutachtens, das inhaltlich praktisch dasselbe wie ein Erkenntnis wäre und verweist auf den Willen mancher italienischer Kreise (Codaacci-Pisanelli vor dem Strassburger Europarat), den Rechtsweg zu beschreiten, der allerdings initiativ von Österreich angestrebt werden müsste.

FIGL äussert ernste Besorgnisse über die Auswirkung einer UNO-Beschwerde. Die Haager Konvention ist durch Italien noch nicht hinterlegt worden. Internationale Gutachten werden zwischen den einzelnen Instanzen der UNO hin- und hergeschoben, ohnedass wir in der Laufzeit die Möglichkeit zu einer aktiven Politik für Südtirol haben. Die Initiative Kreiskys trägt eindeutig parteipolitischen Prestigecharakter.

ZIMMER-LEHMANN verweist auf die Notwendigkeit, klarzumachen, dass das Bestreben Österreichs nur auf die Autonomie, nicht auf die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler gerichtet ist. Empfiehlt intensivere politische Kontaktnahme mit jenen Mächten, die an einer Lösung der Frage elementar interessiert sind (Schweiz wegen Tessin, Vatikan aus allgemeinen Erwägungen).

MAUTNER MARKHOF erkundigt sich nach den Möglichkeiten einer direkten Fühlungnahme mit verschiedenen Flügeln der Democrazia Cristiana.

WITHALM bezeichnet solche Verhandlungen als wenig ergiebig und im derzeitigen Moment für ungeeignet.

BOCK erinnert an das moralische Verhandlungsangebot Gorbachs auf dem Bundesparteitag.

VOLLGRUBER verweist auf die moralische Unmöglichkeit eines durch Österreich einseitig festgestellten Verhandlungsabbruchs und das in diesem Falle zu erwartende ungünstige internationale Echo.

WITHALM gibt zu bedenken, dass aus politischen Gründen eine vollständige Passivität gegenüber den Forderungen der Südtiroler, die ja bereits am 7. Mai öffentlich verkündet werden sollen, für die ÖVP unmöglich ist.

GSCHNITZER erinnert an gewisse moralische Erfolge, die Österreich durch sein entschiedenes Auftreten in den letzten Monaten erzielt hat. Die italienische Verwaltung hat in manchen Einzelfällen stillschweigend ihren Standpunkt und ihre Praxis moderiert. Die Initiative Codacci-Pisanelli wurde allerdings durch Pella, der damals noch Außenminister war, ausdrücklich desavouiert. Eine besondere Schwierigkeit droht zurzeit weniger von der Zuwanderung aus Inneritalien als durch die systematische Abwerbung deutschsprachiger Menschen durch die bundesdeutsche Industrie, für die sich auch der Inseratenteil der "Dolomiten" zur Verfügung stellt.

FIGL bezeichnet diese Praxis der "Dolomiten" vom volkspolitischen Standpunkt aus als einen Skandal.

HORNPOSTEL formuliert als Ergebnis der bisherigen Diskussion die Alternativfrage: bezeichnen wir die Verhandlungen als abgebrochen oder nicht?

GORBACH (der später erschienen ist) spricht sich dezidiert gegen einen Abbruch aus. Die Frage gilt nur dem Wie der weiteren Verhandlungen; für alle Fälle muss offiziell klargemacht werden, dass Österreich keine illegalen Akte der Südtiroler unterstützt.

GSCHNITZER verweist auf die andauernden Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Italien und die damit zusammenhängende Unmöglichkeit einer baldigen Beantwortung der Autonomieforderung.

FIGL betont das neue Element, das durch den Briefwechsel Segni-Raab in die laufenden Verhandlungen gekommen ist. Diese Geste Italiens, die auch einen Nachfolger Segnis moralisch bindet, kann durch Österreich nicht mit dem Abbruch beantwortet werden.

BOCK stellt die Frage, ob man im Status von Verhandlungen die UNO anrufen kann.

MOSER gibt eine Analyse der verständigungswilligen Kräfte in der

Democrazia Cristiana und schildert ihre Schwierigkeiten auf Grund der komplizierten parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse.

WITHALM setzt sich dafür ein, dass trotz der laufenden Verhandlungen die UNO mit der Frage befasst werden soll. Das Verlangen nach Vollautonomie soll ausdrücklich gestellt werden.

TONCIC verweist auf Präzedenzfälle, bei denen die UNO trotz laufender Verhandlungen angerufen wurde (Kaschmir, Cypern).

BOCK unterstützt diese Auffassung und fordert, dass Kreisky den Abbruch nicht notifizieren darf, sondern dass von der UNO lediglich ein Gutachten verlangt werden soll.

ZIMMER-LEHMANN erinnert daran, dass bis zum Endtermin der Einbringung einer UNO-Anfrage noch zwei Monate Zeit sind, während derer sich die italienischen Regierungsverhältnisse so oder so klären müssen.

MAUTNER MARKHOF empfiehlt, in der Zwischenzeit inoffizielle Kontakte mit verständigungswilligen Kräften in Italien, die nicht nur am linken Flügel zu suchen sind.

GSCHNITZER rät ab, bereits in der nächsten Zeit den Inhalt des österreichischen Begehrens (Formulierung der Autonomiefrage, etc.) bekanntzugeben und für die Beratung die noch verbleibenden Wochen bis zur Einbringungsfrist intensiv zu nützen.

TONCIC verlangt eine meritorische Klärung bis zum Südtiroler Landestag am 7. Mai.

GSCHNITZER schlägt als nächsten Sitzungstermin den
12. Mai 1960, 10 Uhr

vor.

GORBACH rät von der Veröffentlichung eines Kommuniqués dieser Sitzung ab.

BOCK erinnert an die Notwendigkeit, bereits in der nächsten Sitzung auch das OEEC-Thema zu behandeln.

HORNPOSTEL schliesst die Sitzung um 11,45 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Herrn
Bundeskanzler
Ing. Julius Raab

Friedrich Weigend-Abendroth

zur gef. Kenntnisnahme!

(Friedrich Weigend-Abendroth)